

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerchaft vom 15. Januar 1908.....	S. 33.
II. Mitteilung des Senats vom 18. Januar 1908:	
Aufnahme einer Anleihe.....	„ 34.

Beschluß der Bürgerchaft

vom 15. Januar 1908.

1. Sommerurlaub an die in Staats- und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Die Bürgerchaft ermächtigt die beteiligten Behörden, nach Maßgabe der im Bericht der Deputation wegen der Ruheohnberechtigung der Staatsarbeiter (Verhdlg. S. 1347/48) dargelegten Grundsätze ihren Arbeitern Erholungsurlaub zu erteilen.

2. Ergänzung der Hafen- und Eisenbahnanlagen (Nachbewilligung).

Die Bürgerchaft bewilligt für die Erweiterung der Gleisanlagen auf dem Weferbahnhof den Betrag von 915,10 M auf das diesjährige Spezialbudget Nr. 127 „Ergänzung der Hafen- und Eisenbahnanlagen“ nach.

3. Nachbewilligung für die Zufahrtstraßen der neuen Brücke über die kleine Weser.

Die Bürgerchaft bewilligt die beantragten 3800 M nach.

4. Stephanitorsmühle.

Die Bürgerchaft genehmigt nachträglich den Fachverkaufsbau der Stephanitorsmühle und bewilligt zur Bestreitung der Kosten 2800 M auf das Spezialbudget Nr. 90, Titel 20 nach.

5. Einkommensteuer.

Die Bürgerchaft nimmt den Bericht dankend entgegen.

6. Ausbau der Münchenerstraße.

Die Bürgerchaft genehmigt die Anträge der Baudputation, Abteilung Straßenbau (Verhdlg. S. 1344). Gleichzeitig beschließt sie die Anlage einer Radfahrbahn und die Bepflanzung dieser Straße mit Bäumen unter Bewilligung der dafür erforderlichen Kosten. Sie ersucht den Senat, diesem Beschluß beizutreten.

7. Bureau Räume für die zweite Hochbauinspektion.

Die Bürgerchaft genehmigt die vorläufige Unterbringung der zweiten Hochbauinspektion in den Häusern Herrlichkeit Nr. 15 und 16 auf Grund der vorgelegten drei Blatt Zeichnungen.

Sie bewilligt die erforderlichen Umbaukosten (siehe Kostenanschlag I) in Höhe von 4700 M und die Kosten (siehe Kostenanschlag II) für das erforderliche Mobiliar und Inventar für die Baudirektion, die zweite Hochbauinspektion und die zweite Tiefbauinspektion im Betrage von 6000 M auf das diesjährige Budget nach.

8. Beleuchtung der Strafanstaltsgebäude mit Gas.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung dankend entgegen.

9. Reorganisation des Bauwesens.

Die Bürgerschaft genehmigt die von der Deputation wegen Reorganisation des Bauwesens vorgelegten Grundzüge für die Organisation des öffentlichen Bauwesens mit den vom Senat beschlossenen Abänderungen.

10. Wahl von Mitgliedern des Amtsgerichts Bremen.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung dankend entgegen.

Mitteilung des Senats

vom 18. Januar 1908.

Aufnahme einer Anleihe.

Die Finanzdeputation hat wegen Aufnahme einer Anleihe den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat erteilt dem Antrage seine Zustimmung und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

In ihrem denselben Gegenstand betreffenden Bericht vom 10. Februar 1905 hat die Finanzdeputation die Erwartung ausgesprochen, daß mit der im Jahre 1905 aufgenommenen Anleihe von 30 Millionen Mark voraussichtlich für die nächsten vier oder fünf Jahre auszukommen sein werde. Sie hat dabei aber ausdrücklich hervorgehoben, daß bei Berechnung des Bedarfs besondere Aufwendungen für die Hafenanlagen in Bremerhaven nicht berücksichtigt seien. Nachdem inzwischen der Staatsvertrag mit Preußen über die Erweiterung der Hafen- und Verkehrsanstalten in Bremerhaven zustande gekommen ist, haben die Anleihemittel auch hierfür in beträchtlichem Maße in Anspruch genommen werden müssen. Nach Aufnahme der Anleihe sind ferner für den Industrie- und Handelshafen bei Oslebshausen 11 526 000 M bewilligt worden (Verhdlgn. 1906 S. 1093, 1161), von denen ein Teilbetrag gleichfalls den verfügbaren Anleihemitteln entnommen ist.

Es muß deshalb eine neue Anleihe aufgenommen werden, für deren Begebung nach dem Stande des Geldmarktes jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sein dürfte.

Die Finanzdeputation glaubt die Aufnahme einer amortisablen 4prozentigen Anleihe im Nominalbetrage von 15 000 000 M ins Auge fassen und namentlich von der alternativen Ausschreibung einer 3½- oder 4prozentigen Anleihe absehen zu müssen. Sie beantragt daher,

- 1) sie zu ermächtigen, 15 000 000 M durch Ausgabe 4prozentiger Staatsschuldscheine unter möglichst günstigen Bedingungen anzuleihen;
- 2) zur Deckung der Unkosten 12 000 M auf das Spezialbudget Nr. 68 für 1907 nachzubewilligen.

Über das Ergebnis der Ausschreibung wird die Finanzdeputation nach Abschluß des Anleihevertrages einen Rechenschaftsbericht erstatten.

Die Finanzdeputation.

(gez.) M. Donandt. (gez.) F. L. Schrage.